



Christoph Butterwegge
Gudrun Hentges (Hrsg.)

Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut

Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz

Verlag Barbara Budrich



Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut

Christoph Butterwegge
Gudrun Hentges (Hrsg.)

Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut

Befunde aus Deutschland, Österreich
und der Schweiz

Verlag Barbara Budrich
Opladen & Farmington Hills 2008

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2008 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills
www.budrich-verlag.de

eISBN 978-3-86649-951-5

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de

Druck: paper&tinta, Warschau

Printed in Europe

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

Einführung in den Diskussionsstand und theoretische Grundlegung

<i>Christoph Butterwegge</i> Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus ..	11
<i>Jörg Flecker</i> Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung	79

Empirische Ergebnisse des europäischen Forschungsprojekts SIREN

<i> Gudrun Hentges/Jörg Flecker/Gabrielle Balazs</i> Potenziale politischer Subjektivität und Wege zur extremen Rechten	103
<i> Gudrun Hentges/Gerd Wiegel</i> Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland	143
<i>Ulrike Papouschek/Jörg Flecker/Sabine Kirschenhofer/Manfred Krenn</i> Vorurteil und Berechnung. Sozioökonomischer Wandel und Varianten rechtspopulistischer Anziehung	187
<i>Francesca Poglià Mileti/Fabrice Plomb/Peter Streckeisen</i> Von der Chemie der Arbeit zum Siegeszug des Populismus	211

Arbeitswelt, Armut und soziale Exklusion

Klaus Dörre

Prekarisierung der Arbeit: Fördert sie einen neuen Autoritarismus? 241

Michael Fichter/Richard Stöss/Bodo Zeuner

Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Ausgewählte Ergebnisse
eines Forschungsprojekts 255

Susanne Lang

(Selbst-)Ethnisierungsprozesse und Rassismus der Exklusion im
Ausbildungsbetrieb 277

Abkürzungsverzeichnis 293

Literaturauswahl 297

Autor(inn)en 305

Einleitung

Rechtsextreme, vor allem jedoch -populistische Parteien feiern seit geraumer Zeit sensationelle Wahlerfolge. Zuletzt baute die Schweizerische Volkspartei (SVP) unter ihrem Vorsitzenden Christoph Blocher ihren Stimmenvorsprung gegenüber den mit ihr in der eidgenössischen Konkordanzdemokratie regierenden Parteien weiter aus. Nach ihrem Triumph am 21. Oktober 2007 stellt sie die mit Abstand stärkste Nationalratsfraktion. Andere rechtspopulistische Parteien wie die des Hamburger Amtsrichters und späteren Innensenators Ronald B. Schill (PRO) oder die Liste des niederländischen Multimillionärs Pim Fortuyn (LPF) verschwanden nach kurzem Höhenflug wieder von der parlamentarischen Bühne. Wieder andere, etwa der Vlaams Blok bzw. Vlaams Belang in Belgien, stabilisierten sich nach einer wechselhaften Entwicklung auf einem relativ hohen Niveau.

Auf- und Abstieg der extremen Rechten in vielen europäischen Ländern, aber auch in Regionen wie Flandern oder Norditalien, haben die internationale Sozial- und Parteienforschung vor neue Herausforderungen gestellt. Unübersehbar waren die vorübergehenden Stimmengewinne des Front National (FN) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) maßgeblich auf eine größere Attraktivität dieser Rechtsparteien für Arbeiter/innen zurückzuführen. Hängen (partei)politische Entwicklungsprozesse direkt oder indirekt mit ökonomischen Krisen und sozialen Verwerfungen zusammen? Besteht zwischen der sozialen Lage von Menschen, deren Alltagserfahrungen im Beruf und ihrer Anfälligkeit für rechtsextreme bzw. -populistische Agitation und Propaganda ein Kausalnexus? Wie und weshalb knüpfen Neonazis mit wachsendem Erfolg an das Alltagsbewusstsein „ganz normaler“ Menschen an? Welche Rolle spielen in diesem Kontext der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die zunehmende Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen sowie neue Formen der Armut und sozialen Ausgrenzung? Solche und ähnliche Fragen harren noch immer ihrer Beantwortung, obwohl die Fachliteratur zur extremen Rechten längst sehr umfangreich ist.

Als wichtige Rahmenbedingungen der Entwicklung sind die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90ff., die enorme Dynamik der europäischen Integration und der neoliberale Globalisierungsprozess zu berücksich-

tigen, welcher seinerseits weitreichende Umbrüche in der Arbeitswelt induzierte: Deregulierung, Privatisierung ehemaliger Staatsunternehmen, Fusionen, Joint Ventures, Verlagerung von Produktionsstandorten, Outsourcing, neue Managementstrategien, Rationalisierungsmaßnahmen und Abbau von Arbeitsplätzen – um nur einige Stichworte zu nennen. Während der Prozess der europäischen Integration damit einherging, dass die EU-Mitgliedstaaten sukzessive auf nationale Souveränität verzichteten und nationalstaatliche Kompetenzen an supranationale Institutionen – z.B. die EU-Kommission – delegierten, erstarkten in den europäischen Nationalstaaten selbst Bewegungen und Parteien, deren zentrale Forderung darin bestand, am Prinzip der nationalen Souveränität festzuhalten. Ungeachtet der Heterogenität der programmatischen und ideologischen Positionen der extremen Rechten im europäischen Kontext existiert eine ideologische Schnittmenge, die sie eint: Euroskepsis und -kritik, Globalisierungskritik von rechts und die Verteidigung nationalstaatlicher Souveränität gegen supranationale Institutionen.

Die Liberalisierung der Märkte und die Wirkungsmöglichkeiten rechtspopulistischer Parteien bilden offenbar zwei Seiten derselben Medaille. Rechtspopulistische bzw. -extreme Parteien und Organisationen kritisieren Prozesse der Globalisierung und stoßen hierbei auf positive Resonanz innerhalb der Bevölkerung. Sie prangern ökonomische, politische und soziale Missstände an und gewinnen dadurch Anhänger/innen. Greifen rechtsextreme bzw. -populistische Parteien die soziale Frage nur aus taktischen Gründen auf, etwa deshalb, weil sich der Neoliberalismus in einer Legitimationskrise befindet und der Zeitgeist nach links zu tendieren scheint? Oder verbirgt sich dahinter ein grundlegender, längerfristig angelegter Strategiewechsel? Welche Präventionsmaßnahmen sind nötig und wie können die politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit hierauf reagieren?

Der vorliegende Band behandelt die skizzierten Themenfelder und Problemkomplexe aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. Den objektiven Veränderungen in der Arbeitswelt und den Interessen der gesellschaftlichen Eliten an einer Popularisierung extrem rechter Einstellungen tragen seine Beiträge ebenso Rechnung wie den subjektiven Reaktionen auf die Umbrüche in der Arbeitswelt, Massenarbeitslosigkeit sowie zunehmende Armut. In das Buch sind Ergebnisse des von der EU-Kommission geförderten Forschungsprojekts „Socio-economic change, individual reactions, and the appeal of the extreme right“ (SIREN) eingeflossen. Auf der Basis einer Rekapitulation der Fachdiskussion werden Forschungsergebnisse empirischer Studien vorgestellt, die in Deutschland, Österreich und der Schweiz entstanden.

Einführung in den Diskussionsstand und theoretische Grundlegung

Christoph Butterwegge

Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus

Rechtsextremismus gibt es nicht erst seit kurzem, er droht allerdings mehr Einfluss zu gewinnen, ohne dass man sich dieser Gefahr auch nur ansatzweise bewusst wäre. Ein möglicher Grund dafür dürfte in seiner enormen Flexibilität, großen Anpassungsfähigkeit und geschickten Mimikry liegen. Vielleicht verstellen auch die schrecklichen Verbrechen und Kriegsgräuere des Nationalsozialismus hierzulande den Blick auf einen demgegenüber „harmlos und gewöhnlich“ wirkenden Rechtsextremismus, der heute die Gesellschaft allmählich durchdringt, ohne dass man ihn überhaupt richtig wahrnimmt. Schließlich tragen neuere Entwicklungen auf dem Weltmarkt, die als „Globalisierung“ bezeichnet und damit mehr verklärt als verständlich gemacht werden, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein zur Ausbreitung ultrarechter Tendenzen bei.

Dreh- und Angelpunkt der folgenden Überlegungen ist die Erkenntnis, dass sich der Rechtsextremismus in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess befindet (vgl. dazu: Stöss 2005), dessen Folgen erst in Umrissen absehbar sind. Dies gilt sowohl für seine Erscheinungsformen wie auch seine Ursachen, Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten. Hier wird die These vertreten, dass sich der Rechtsextremismus modernisiert und ausdifferenziert, wobei er sowohl auf die Veränderung der für ihn entscheidenden Wirkungsbedingungen ökonomischer, politischer und sozialer Art reagiert als auch zunehmend Anleihen beim Zeitgeist macht, den man als neoliberal bezeichnen kann (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 2007 und 2008). Diesem gilt es daher ebenso nachzuspüren wie Strategiewechseln und taktischen Winkelzügen innerhalb des rechtsextremen Lagers.

Nicht nur der Rechtsextremismus selbst, sondern auch sein sozioökonomisches und politisch-ideologisches Umfeld haben sich in jüngster Zeit grundlegend verändert. Ausgehend vom Prozess der Globalisierung, die kaum einen Gesellschaftsbereich ausspart und auch den Rechtsextremismus keineswegs unbeeinflusst lässt, sollen Zusammenhänge zwischen diesem und anderen Geistesströmungen wie dem Neoliberalismus und dem Standortnationalismus hergestellt sowie Erfolg versprechende Gegenstrategien entwickelt werden. Außerdem wird ein kategorialer Rahmen für die Analyse des Rechtspopulismus und maßgeblicher Bewusstseinsformen im Gewerkschaftsbereich abgesteckt.

1. Rechtsextremismus im Zeichen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung

„Rechtsextremismus“ ist eine Sammelbezeichnung für politische Organisationen, Gruppierungen und Parteien, aber auch Strömungen, Bewegungen und Bestrebungen außerhalb solcher Zusammenschlüsse, die – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, in der Regel sozial benachteiligte, aufgrund phänotypischer Merkmale wie der Hautfarbe, dem Körperbau oder der Haarbeschaffenheit bzw. nach der ethischen Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierung unterscheidbare, von der gültigen „Standardnorm“ abweichende Minderheiten auszugrenzen, auszuweisen oder – im Extremfall – auszurotten und gleichzeitig jene Kräfte zu schwächen oder gar auszuschalten suchen, die für deren umfassende Integration, gesellschaftliche Emanzipation und mehr Möglichkeiten demokratischer Partizipation für alle Wohnbürger/innen eintreten (vgl. hierzu: Butterwegge 2002, S. 22).

Kernideologien, Organisationsformen, politische Strategien und soziale Wählerpotenziale des Rechtsextremismus fächern sich im Zuge der ökonomischen Globalisierung auf. Die extreme Rechte der Bundesrepublik Deutschland zerfällt organisatorisch in drei Fraktionen, von denen zwei antiglobalistisch bzw. -modernistisch sind und ein (Wahl-)Bündnis miteinander geschlossen haben:

1. Die deutschnational bzw. völkisch-traditionalistisch orientierten Gruppierungen mit der DVU an ihrer Spitze wenden sich bei Wahlen primär an die Verlierer/innen der neoliberalen Modernisierung, reaktivieren in einer Mischung aus Nostalgie und sozialer Demagogie die Erinnerungen der Großvätergeneration an die glanzvolle Vergangenheit der Nation, beschwören die ruhmreichen Siege der Nazi-Wehrmacht sowie den Heldennut deutscher Frontsoldaten in beiden Weltkriegen und propagieren Vaterlandsliebe, Heimatverbundenheit und Traditionspflege, womit sie ihrer überalterten Klientel angesichts der Herausforderung durch die Globalisierung ein Gefühl sozialer „Nestwärme“, Sicherheit und Geborgenheit in der (Volks-)Gemeinschaft zu vermitteln suchen.
2. Gefährlicher ist der nationalrevolutionäre bzw. -sozialistisch orientierte Flügel, repräsentiert von den Jungen Nationaldemokraten (JN), ihrer Mutterpartei, der NPD, und den Neonazis der „freien“ Kameradschaftsszene. Er verbindet das völkische Ideologieelement stärker mit einer Fundamentalkritik am bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, ohne dass der Kapitalismus als solcher verdammt wird, rückt die soziale Frage noch mehr in den Mittelpunkt, bekämpft die Demontage des Wohlfahrtsstaates durch die „Altparteien“ im Bundestag und sucht die jugendliche Subkultur im Sinne von Rechtsextremismus als Event (vgl. dazu: Glaser/Pfeiffer 2007) durch Übernahme szenetypischer Symbole,

Musikstile und Kleidung an sich zu binden. Man bemüht sich jedoch nicht bloß um eine kommunalpolitische Basis und „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“, wie es Toralf Staud (2005, S. 11) nennt, sondern sucht durch zahlreiche Demonstrationen und Aufsehen erregende Kampagnen wie die „Aktion Schulhof“, bei der flächendeckend CDs mit rechtsextremen Liedtexten verteilt wurden, auch im Westen stärker als bisher Fuß zu fassen.

3. Von untergeordneter Bedeutung sind derzeit die REPublikaner als Vertreter jener Richtungsgruppierung im ultrarechten Spektrum, die „moderner“ erscheint, weil sie mehrheitlich viel eher dem Mainstream entspricht, den Protektionismus und sozialen Paternalismus des Nationalsozialismus überwunden und sich gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus geöffnet hat. Dass auch der Bund Freier Bürger (BFB), die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) von Ronald Barnabas Schill und die Deutsche Partei (DP) wie viele andere rechtsextreme Splittergruppen vor ihnen gescheitert sind, bedeutet nicht, dass solche Organisationen für immer chancenlos wären. Perspektivisch droht Gefahr weniger von einer Wiederbelebung völkischer Mystik durch Neonazis, die sich auf dem Obersalzberg treffen, zum Kyffhäuser pilgern oder ins oberfränkische Wunsiedel wallfahrten, wo der „Hitler-Stellvertreter“ Rudolf Heß begraben liegt, als von Kräften, die das Konzept der „Standortsicherung“ vertreten und sich der (heimlichen) Unterstützung mächtiger Wirtschaftskreise erfreuen.

Neonazis sind – wie politische Akteure, ja Menschen generell – nicht zuletzt Kinder ihrer Zeit, und der organisierte Rechtsextremismus lässt sich – wie gesellschaftliche Phänomene ganz allgemein – kaum von den jeweiligen sozioökonomischen Rahmenbedingungen ablösen, sondern gegenwärtig nur im Kontext einer sich intensivierenden Weltmarktdynamik umfassend verstehen. Um die richtigen, d.h. Erfolg versprechenden Strategien gegen den modernen Rechtsextremismus entwickeln zu können, braucht man deshalb neben Einsichten in seine unterschiedlichen Erscheinungsformen und die spezifische Funktionsweise seiner Organisationen bzw. Parteien genauere Kenntnisse über seine Rolle im bzw. für den globalisierten Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang spielt der Neoliberalismus als Triebkraft des ökonomischen Globalisierungsprozesses und die Tagespolitik wie das Alltagsbewusstsein fast überall beherrschende Ideologie eine Schlüsselrolle. Aus einer Wirtschaftstheorie, die (z.B. durch Steuererleichterungen im Unternehmensbereich) optimale Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital zu schaffen empfahl, entwickelte sich der Neoliberalismus zu einer Sozialphilosophie, welche die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen (arbeitenden) Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen, kurz: „Wirtschaftsstandorten“ unterschiedlicher Art, als Wundermittel zur Lösung aller sozialen Pro-

bleme gilt. Hans-Gerd Jaschke (1998, S. 114) spricht vom Neoliberalismus als einem „Marktradikalismus“ bzw. „-fundamentalismus“, der sein Gesicht erkennbar wandle: „Von einer interessenpolitisch begründeten und nachvollziehbaren wirtschaftspolitischen Position wird er immer deutlicher zu einer umfassenden politischen Ideologie, die sich unangreifbar gibt, indem sie auf die Globalisierung verweist, auf den Konkurrenzdruck und das angedrohte Abwandern von Unternehmen.“

Wenn der Neoliberalismus mehr als eine Wirtschaftstheorie ist, die in den 1930er-Jahren als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und den Keynesianismus als staatsinterventionistischem Lösungsmodell entstand (vgl. dazu: Ptak 2007, S. 16ff.), nämlich auch eine Weltanschauung, politische Zivilreligion und Lebensweise, welche die Hegemonie, d.h. die öffentliche Meinungsführerschaft in allen Industrienationen erobert hat, stellt sich die Frage nach seiner sozialen Basis und seinem Verhältnis zum Rechtsextremismus. Dieser wiederum bestimmt seine politisch-programmatische Einstellung zum Markt bzw. zum (Sozial-)Staat nicht im luftleeren Raum, sondern mit Rücksicht auf die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse, institutionellen Gegebenheiten und geistigen Modeströmungen.

Wer die Ökonomie verabsolutiert, wie das Marktradikale tun, negiert die Politik im Allgemeinen und die repräsentative Demokratie im Besonderen, weil sie Mehrheitsentscheidungen zum Fixpunkt gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse machen und nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln. Selbst das Grundgesetz der Bundesrepublik ist Neoliberalen ein Dorn im Auge (vgl. Darnstädt 2004), gilt es doch, sein Sozialstaatsgebot außer Kraft zu setzen und dem Markt nicht nur Vor-, sondern auch Verfassungsrang einzuräumen, wobei demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die mehr Zeit in Anspruch nehmen als dezisionistische Maßnahmen, Gewaltenteilung und föderale Strukturen, die Macht beschränken, sowie der Konsenszwang eines Parteienstaates nur stören. Auch prominenten Repräsentanten der Wirtschaft, etwa BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (1997, S. 89), dauern die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einer föderalen Demokratie zu lange, weshalb sie eine Verfassungsrevision befürworten.

Hier zeigt sich die enge Affinität zwischen Neoliberalismus, Marktradikalismus und Rechtspopulismus. Herbert Schui u.a. (1997) haben in einer Schrift mit dem Titel „Wollt ihr den totalen Markt?“ zahlreiche Parallelen zwischen dem Neoliberalismus und dem Rechtsextremismus herausgearbeitet und deren geistige Verbindungslinien nachgezeichnet. Dass die politisch-ideologischen Übergänge zwischen beiden etwa im Hinblick auf die Wohlfahrtsstaatskritik fließend sind, beweisen Buchautoren wie Roland Baader (1997) oder Alfred Zänker (1994), die man als ideologische Grenzgänger bezeichnen kann.

Neoliberale reduzieren den Menschen auf seine Existenz als Marktsubjekt, das sich im Tauschakt selbst verwirklicht. Letztlich zählt für sie nur, wer oder was ökonomisch verwertbar und gewinnträchtig ist. Aufgrund dieses

ausgeprägten Utilitarismus (Orientierung am Nutzen), seines betriebswirtschaftlichen Effizienzdenkens, seiner Leistungsfixierung und seines Wettbewerbswahns bietet der Neoliberalismus nicht bloß Topmanagern eine ihren Erfahrungen im Berufsleben adäquate Orientierung, sondern auch genügend ideologische Anschlussmöglichkeiten an den Rechtsextremismus bzw. die ihm zum Teil scheinbar widersprechenden Kernideologien, als da sind: Rassismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Biologismus, Sexismus, Autoritarismus und Militarismus.

Während den Neoliberalen die „Rasse“, die ethnische Herkunft bzw. die Religionszugehörigkeit eines Marktteilnehmers nicht oder nur am Rande interessiert, spielt die Identifikation mit dem „eigenen“ Wirtschaftsstandort eine umso größere Rolle. Menschen, die zuwandern, werden von Rechtsextremisten nach zwei Kriterien beurteilt: ihrer Leistung für die Nation bzw. den „Wirtschaftsstandort“ (Nutzen), was mit dem entscheidenden Maßstab von Neoliberalen korrespondiert, und ihrer ethnischen Abstammung, was damit weniger harmoniert. Stärker erscheinen die ideologischen Überlappungen auf einem anderen Gebiet: Wegen des prononcierten Antiegalitarismus im Neoliberalismus verschwimmt die Grenze zum expliziten Sozialdarwinismus (vgl. Ptak 2007, S. 73), der immer ein konstitutiver Bestandteil der Gesellschaftstheorie des Faschismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus war. Weder der Rechtsextremismus noch der Neoliberalismus zeigt auch nur das geringste Verständnis für die Schwachen, sozial Benachteiligten, (Langzeit-) Arbeitslosen, Kranken und Behinderten, obwohl zumindest Ersterer im politischen Tagesgeschäft teilweise um deren Stimme buhlt. Gemeinsam ist ihnen auch das Streben nach einem „perfekt-erfolgreichen Menschen“, welcher den Wunschtraum sämtlicher Anhänger des Sozialdarwinismus verkörpert (vgl. Malina 2006).

Über solche inhaltlichen Affinitäten hinaus ergeben sich mit Blick auf die Hauptfunktion beider Geistesströmungen, der Legitimationsbeschaffung und der Herrschaftssicherung, frappierende Ähnlichkeiten. Nicht bloß der Rechtsextremismus will hinter die demokratischen Errungenschaften der Großen Französischen Revolution zurück und schafft dafür die Voraussetzungen, wenn er Machtpositionen erringt, sondern auch ein Marktradikalismus, der die Menschen politisch entmündigt, indem er sie auf ihren Status als „*Homines oeconomici*“ beschränkt. „Neoliberalismus ist militante Gegenauflärung: Die Menschen sollen ihre Lage nicht durch vermehrtes Wissen in einer kollektiven, bewussten Anstrengung in den Griff bekommen. Denn dies würde mit der Herrschaft aufräumen, die der Neoliberalismus mit all seinen Kunstgriffen zu legitimieren sucht.“ (Schui 2006, S. 54)

Dass sich Rechtsextremisten und Neonazis auf die Globalisierung, insbesondere auf deren unsoziale Schattenseiten beziehen, wurzelt nur zum Teil in einem Opportunismus, der sich am Zeitgeist orientiert. Wenn viele Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen sind, können auch solche Gruppierungen dazu nicht schweigen. „Eine dauerhaft hohe Ar-

beitslosigkeit und eine zunehmende Spaltung in Arm und Reich bringen soziale Verwerfungen und Konflikte hervor, auf die Rechtsextremisten aufsateln.“ (Grumke 2006b, S. 516) Neben (parte)taktischen Motiven ist dafür entscheidend, dass die objektiven Verhältnisse ultrarechten Organisationen gar keine andere Wahl lassen, als sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen und eindeutig Stellung zu beziehen. Gleichzeitig wissen Neonazis sehr genau, dass sonst womöglich die (sich in der Bundesrepublik seit geraumer Zeit als Partei neu formierende) Linke das Thema besetzt und ihnen weniger Möglichkeiten zur Nachwuchsrekrutierung bleiben, wenn sie es gänzlich meiden und auf andere Felder ausweichen würden. „Mit ihrer völkisch gewendeten Kapitalismuskritik versuchen rechtsextremistische Kader nicht zuletzt bei Zielgruppen anzudocken, die diese mit einer generellen Kritik am politischen System, an ‚Amerikanisierung‘ und kultureller und ethnischer ‚Überfremdung‘ verbinden.“ (ebd.)

Bei der Suche nach den sozialen Trägern des Neoliberalismus stößt man nicht nur auf das exportorientierte Großkapital, dessen Interesse an einer Liberalisierung der Märkte, einer Deregulierung von Arbeitnehmerschutzbestimmungen sowie einer (Re-)Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Dienstleistungen und sozialer Risiken offenkundig ist, sondern auch auf die Mittelschichten. Elmar Altvater (1981, S. 9) schrieb bereits kurz nach der Wahl von Margaret Thatcher zur britischen Premierministerin und von Ronald Reagan zum US-Präsidenten: „Der Neoliberalismus schwingt sich (...) zum Anwalt der radikalisierten Kleinbürger auf: gegen Verschwendung und Ineffizienz, gegen die Gleichmacherei und für mehr Freiheit vom Staat, für das Individuum und für den Markt.“

„Globalisierung“ fungiert heute als Schlüsselkategorie und darüber hinaus – neben dem demografischen Wandel – als zweite Große Erzählung unserer Zeit, die Neoliberale benutzen, um ihre marktradikale Ideologie zu verbreiten und den Um- bzw. Abbau des Sozialstaates zu legitimieren (vgl. hierzu: Butterwegge 2007, S. 143ff.). Obwohl oder wahrscheinlich eher gerade weil dieser Terminus ausgesprochen vage, missverständlich und vieldeutig ist, liefert er Politik und (Medien-)Öffentlichkeit, aber auch den Gesellschaftswissenschaften ein Paradigma (vgl. Badura u.a. 2005), das die epochale Wende nach der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und (Staats-)Sozialismus bestimmt. Selbst wenn die Globalisierung nur einen medial erzeugten Mythos darstellt, wie Kai Haféz (2005) mutmaßt, erlangt sie schon dadurch gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit und Gestaltungskraft, dass subjektive Überzeugungen, die Menschen überall auf der Welt teilen, einen objektiven Machtfaktor bilden, den man schwerlich ignorieren kann.

Versteht man unter „Globalisierung“ einen Prozess, der zur Ausweitung wie zur Intensivierung wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer, sozialer bzw. kultureller Beziehungen führt, nationalstaatliche Grenzen nicht nur überschreitet, sondern zumindest der Tendenz nach auch überwindet und schließlich den ganzen Planeten umspannt (vgl. hierzu: Butterwegge

1999, S. 27f.), bleibt davon, wie er sich gestaltet bzw. wie er gestaltet wird, auch der zeitgenössische Rechtsextremismus nicht unberührt. Dieser ist vielmehr auf drei Ebenen maßgeblich von jenen Strukturveränderungen geprägt, die heutzutage fast alle Lebensbereiche betreffen:

1. Aufgrund der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung, d.h. der Umstrukturierung vieler Sektoren nach dem Vorbild des Marktes sowie der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung als wirtschafts- und sozialpolitischer Leitlinie verändern sich die gesellschaftlichen Rahmen-, Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des Rechtsextremismus gravierend. Durch die ökonomische Globalisierung sowie die ihr folgenden Spaltungstendenzen und sozialen Verwerfungen gewinnen rechtsextreme Organisationen bzw. Parteien zumindest der Tendenz nach mehr Anhänger/innen, Mitglieder und Wähler/innen, verbessern sich aber auch ihre politischen Handlungsmöglichkeiten. Eine zerrissene Klassengesellschaft, in der sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft (vgl. z.B. Andreß/Kronauer 2006; Lauterbach 2007; Wagenknecht 2007), bietet für solche Gruppierungen gute Erfolgchancen.
2. Der organisierte Rechtsextremismus war auch in der Vergangenheit nie, wie oftmals unterstellt, „hinterwäldlerisch-provinziell“ und bloß auf den eigenen Nationalstaat fixiert, sondern suchte immer den Kontakt zu seinen ausländischen Gesinnungsgenossen. Heute „globalisiert“ sich die Szene jedoch gewissermaßen selbst, indem man bisher noch bestehende Barrieren der Kommunikation mittels Internet niederreißt (vgl. dazu: Pfeiffer 2006), ein „transnationales Netzwerk“ schafft (vgl. dazu: Grumke 2006a) und die Kooperation mit den „Bruderparteien“ in rasantem Tempo vorantreibt. Dadurch verstärkt sich die Gefahr, dass eine sich allmählich herausbildende „braune Internationale“ ursprünglich regionale Krisen und Konflikte benutzt, um konzertiert zu handeln und weltweit an Einfluss zu gewinnen.
3. „Globalisierung“ avanciert zum Gegenstand der rechtsextremen Agitation und Propaganda (vgl. dazu: Maerle 2005; Pfahl-Traugber 2006). Teilweise befürworten Rechtsextremisten die Globalisierung, überwiegend lehnen sie den Prozess jedoch kategorisch ab, was sich beispielsweise in Kampffparolen gegen die angebliche Überfremdung der Einheimischen durch Zuwanderer („Globalisierung ist Völkermord“) und gegen die Willkür des globalisierten Kapitals („Sozial statt global! – Wir fordern Arbeit im eigenen Land“, „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!“ oder „Arbeit statt Dividende – Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“) niederschlägt. Von den linken Kritiker(inne)n wie Attac unterscheidet die alten Herren der DVU, NPD-Kader oder „Autonome Nationalisten“ (AN), die bei Neonazi-Demonstrationen einen „Schwarzen Block“ bilden, dass sie gegen die Globalisierung als solche und nicht

nur gegen deren heute klar dominante neoliberale Spielart polemisieren. „Rechtsextremisten sind keine Globalisierungskritiker, sondern Anti-Globalisten.“ (Grumke 2006a, S. 132)

Während uns die *organisatorische* Ebene hier weniger interessiert, obwohl dort momentan für den Rechtsextremismus wichtige Veränderungen und vor allem Vernetzungen stattfinden, stehen die *inhaltliche* und die *Wirkungsebene* im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen, weil sie das Fundament einer Ursachenanalyse bilden. Hatte die etablierte Rechtsextremismusforschung den Kausalzusammenhang zwischen der Globalisierung, massenhafter Verbreitung der neoliberalen Ideologie und rechtsextremer Mobilisierung lange Zeit unbeachtet gelassen, werden solche Hintergründe in der politischen und Fachdiskussion ungefähr seit der Jahrtausendwende offen thematisiert (vgl. besonders folgende Sammelbände: Loch/Heitmeyer 2001; Bathke/Spindler 2006; Greven/Grumke 2006).

2. Die ökonomischen Rahmenbedingungen, das soziale Klima und die politische (Un-)Kultur als Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist ein komplexes Phänomen, das in mehreren Erscheinungsformen auftritt, unter denen die Gesinnung (Ideologie), die politische Organisation (Parteibildung) sowie die (gewalttätige) Aktion hervorstechen. In der unter Fachleuten sehr kontrovers verlaufenden Diskussion über die Entstehung bzw. Entwicklung rechtsextremer Einstellungen, Haltungen und Handlungen kann man zwei Grundrichtungen unterscheiden:

1. Die herrschende Lehre, nach der sich Regierungen, Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik üblicherweise richten, erklärt den Rechtsextremismus kurzerhand zu einem Rand(gruppen)problem (kritisch dazu: Perels 2003), das eine Abweichung von der Normalität darstellt, räumlich und/oder zeitlich „hier und heute“ nur eine Nebenrolle spielt und keinesfalls in der bestehenden Staats-, Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsordnung wurzelt. Zu den dominanten Ansätzen zählen beispielsweise die im sog. Kalten Krieg fast konkurrenzlose Extremismus- bzw. Totalitarismustheorie, aber auch Deutungsmuster, die den Blick auf „den Protestwähler“ und/oder die Orientierungslosigkeit von Jugendlichen richten. Ins Visier geraten dann vornehmlich militante Organisationen und gewaltbereite Jugendliche, etwa rechte Skinheads, die spektakuläre Straftaten begehen (vgl. z.B. Schroeder 2004; Oepke 2005; Hafener/Becker 2007; Möller/Schuhmacher 2007), oder Parteien wie die REPublikaner, die DVU und die NPD, besonders dann, wenn sie sen-

sationelle Wahlerfolge feiern (vgl. z.B. Neubacher 1996; Hoffmann 1999; Mecklenburg 1999).

2. Dagegen führen (system)kritische Beobachter/innen den Rechtsextremismus auf Herrschaftsstrukturen, Machtkonstellationen und parlamentarische Mehrheitsverhältnisse, d.h. darauf zurück, wie die „Mitte der Gesellschaft“ (re)agiert (vgl. z.B. Funke 2002; Brodkorb 2003). Die ökonomische Grundstruktur bzw. die konjunkturelle Situation eines Landes, das dort nicht zuletzt wegen der aktuellen Wirtschaftsentwicklung herrschende soziale Klima und seine politische Kultur bilden m.E. eine analytische Trias, die Erscheinungsformen, Einflussmöglichkeiten und Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus verständlich macht. Wenn man prognostische Aussagen über diesen treffen will, tut man deshalb gut daran, alle genannten Bereiche in den Blick zu nehmen und ihre Wechselwirkungen aufeinander zu berücksichtigen.

Falsch und politisch irreführend ist es, den Rechtsextremismus als *Desintegrationsphänomen* oder als *Jugendproblem* zu begreifen, das mit deviantem Verhalten oder pubertärem Überschwang zu tun hat. Neuerdings wird er gar auf die demografische Entwicklung zurückgeführt. So weist Ulrich Deupmann (2005, S. 54) unter Berufung auf das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung darauf hin, dass in ostdeutschen Randregionen auf 100 junge Männer nur noch 80 gleichaltrige Mädchen und Frauen kommen, weil die übrigen nach Westen abgewandert sind: „Niemand weiß, was aus den zurückgebliebenen, überzähligen Männern wird. Wie werden sie die langen einsamen Tage und Abende verbringen, zumal da sie häufig arbeitslos, schlecht ausgebildet und mit geringer sozialer Kompetenz ausgestattet sind? Werden sie resignieren oder womöglich hinter rechtsradikalen Rattenfängern hermarschieren?“

Der organisierte Kern ist auch keine *Protestbewegung*, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt (vgl. zur Kritik solcher Deutungsmuster: Butterwegge 1996, S. 64ff.). Vielmehr grenzt er Einheimische mit Behinderungen, (psychisch) Kranke, Obdachlose, Homosexuelle, Juden und Flüchtlinge gleichermaßen aus, will ihnen staatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also beim Rechtsextremismus nicht etwa um eine Negation, sondern gerade um die – manchmal bis zur letzten, tödlichen Konsequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Man kann das mit dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer (2002) als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) bezeichnen und in den drei Dimensionen des „Eigenen“ und des „Fremden“, der Verabsolutierung utilitaristischer Kalküle sowie der Machtdemonstration gegenüber Unterlegenen und Abgewerteten erfassen. Präziser ausgedrückt, handelt es sich bei jenen sechs Elementen, die Heitmeyer (ebd., S. 20f.) als

GMF-Varianten zusammengefasst ein „Syndrom“ nennt (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus), um ein Konglomerat rechter Ausgrenzungsideologien und -praxen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten, die ethnisch, sexuell, gesundheitlich oder sozial von den Normalitätsvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft abweichen. Sinnvoller wäre eine Unterscheidung gemäß der Kernideologien des Rechtsextremismus: Rassismus (einschließlich der Spezialform des Antisemitismus), Nationalismus, Sozialdarwinismus, Biologismus, Sexismus (Antifeminismus) und Homophobie. Weshalb der Begriff „Rassismus“ nur die biologistisch, nicht jedoch die kulturalistisch begründete Abwertung der Gruppenangehörigen „fremder“ Herkunft umfassen soll – für die zuletzt genannte Form der Ausgrenzung benutzt Heitmeyer die missverständliche, weil eine „natürliche“ Abwehrhaltung gegenüber dem Unbekannten suggerierende Bezeichnung „Fremdenfeindlichkeit“ –, erschließt sich mir nicht. Auch in anderer Hinsicht mutet das GMF-Konstrukt merkwürdig an: Da wird die Abwertung von Homosexuellen (sowie Behinderter und Obdachloser) paradoxerweise „Heterophobie“ genannt. Solche terminologischen Unschärfen mindern freilich in keiner Weise die Verdienste, welche sich die Forschergruppe um Heitmeyer mit ihrer Längsschnittuntersuchung rechter Mentalitätsbestände, die sie unter dem Titel „Deutsche Zustände“ alljährlich veröffentlicht, erworben hat.

Um den zeitgenössischen Rechtsextremismus genauer im politischen Raum verorten sowie seine Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss die Forschung auf drei Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird deshalb für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, dadurch (mit)bedingte Veränderungen bzw. Verschlechterungen des sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur in Deutschland. Darüber hinaus wären die „Angebots-“ und die „Nachfrageseite“ getrennt voneinander zu betrachten: Der organisierte Rechtsextremismus unternimmt seit jeher Anstrengungen, um Wähler/innen, Anhänger/innen und Parteigänger/innen zu gewinnen, wobei er unterschiedliche Methoden anwendet und mehr oder weniger Erfolg hat, je nachdem, wohin sich die Gesellschaft entwickelt und welche Bedürfnisse, Einstellungen und Überzeugungen deren Mitglieder ausbilden.

Idealistisch wäre es, wollte man den Rechtsextremismus aus sich selbst oder nur aus mit ihm verwandten Geistesströmungen innerhalb einer Gesellschaft erklären, ohne die materiellen Grundlagen seines Wirkens einzubeziehen. *Ökonomistisch* wiederum wäre es, würde man aus der verschärften Konkurrenz im Zeichen der Globalisierung unmittelbar ein Mehr an Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt ableiten. Denn so wahrscheinlich es ist, dass der größere Leistungs- bzw. Leidensdruck des „Turbokapitalismus“ (Edward N. Luttwak) in verstärkte Ausgrenzung mündet und dass sich die härte-

re Rivalität unter den Gesellschaftsmitgliedern in zunehmender Brualität entlädt, so wenig reicht die Wirtschaftsentwicklung aus, um den Wandel politischer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen von Menschen erklären oder gar voraussagen zu können. Entscheidend für die Wirkungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus ist nämlich darüber hinaus, ob ihn die politische Kultur eines Landes begünstigt und wie sich das soziale Klima dort gestaltet. Schließlich führen Arbeitslosigkeit und Armut nicht automatisch zu (mehr) Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Vielmehr tragen die sich selbst meist – in Abgrenzung von den übrigen Mitgliedern („Massen“) – als „Eliten“ verstehenden Führungsgruppen einer Gesellschaft ganz entscheidend dazu bei, ob die Frustration über soziale Deprivation in politische Aggression umschlägt.

Momentan ist die Ausgangslage des Rechtsextremismus vor allem durch eine verschärfte Konkurrenz auf den Weltmärkten (Stichwort: „Globalisierung“), eine sich im Gefolge dieser neoliberalen Modernisierung zuspitzende sozial(räumlich)e Polarisierung sowie eine partielle Renationalisierung der öffentlichen Diskurse (Wiederentdeckung des Stolzes auf seine Nationalität bzw. den „Standort D“ und Rückbesinnung auf die eigene „nationale Identität“) unter Einschluss der etwa im Demografie- sowie im Migrationsdiskurs sichtbaren Tendenz zur Biologisierung und Ethnisierung sozialer Beziehungen gekennzeichnet, was ihm auf absehbare Zeit gute Entfaltungsmöglichkeiten und Erfolgchancen garantiert, wenn er seine Strategie und Taktik darauf einstellt.

2.1 Die forcierte (Standort-)Konkurrenz im globalisierten Kapitalismus

Die für den Rechtsextremismus konstitutiven Aus- bzw. Abgrenzungsideologien wie der Rassismus oder der Sozialdarwinismus sind in letzter Konsequenz auf die Konkurrenz zurückzuführen, welche eine notwendige – wohl-gemerkt: keine hinreichende – Bedingung für die Herausbildung solcher Handlungsanleitungen und Legitimationskonzepte zur Ausgrenzung von (ethnischen) Minderheiten bzw. Leistungsschwächeren darstellt. Die auch von seinen schärfsten Kritiker(inne)n bewunderte Produktivität, Flexibilität und Vitalität des kapitalistischen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssystems beruht auf der Konkurrenz, die seine Mitglieder nicht ruhen lässt, sie vielmehr zum permanenten Kampf „jeder gegen jeden“ zwingt und als stärkste Triebkraft wissenschaftlich-technischer Innovationen und unternehmerischer Investitionen fungiert. Dysfunktional wirkt dagegen, dass sich die soziale Kohäsion einer Industrienation im „Säurebad der Konkurrenz“ (Karl Marx) zersetzt, Ideale wie Solidarität, Gerechtigkeit und Humanität auf der Strecke bleiben und eine systemimmanente Selektion stattfindet, die eine vertrauens-

volle Kooperation selbst zwischen Angehörigen derselben Bevölkerungsschicht verhindert, zumindest aber erschwert.

Bei der neoliberalen Modernisierung/Umstrukturierung handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Großprojekt, das auf der ganzen Welt noch mehr soziale Ungleichheit schafft, als es sie aufgrund der ungerechten Verteilung von Ressourcen, Bodenschätzen, Grundeigentum, Kapital und Arbeit ohnehin schon gibt. „Es geht um die Vertiefung gesellschaftlicher Ungleichheiten zum Zwecke einer besseren Abstimmung auf die Bedürfnisse eines Wirtschaftsstandortes.“ (Pelizzari 2001, S. 152) „Standortsicherung“ fungiert dabei als Schlachtruf (einfluss)reicher Gruppen im Verteilungskampf, die den Neoliberalismus zur Stärkung ihrer Machtposition benutzen. Was als „Modernisierung“ klassifiziert wird, ist teils nur eine „neoliberale Konterrevolution“ (Milton Friedman), anders formuliert: die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Staaten das Kapital zeitweilig einer gewissen Kontrolle unterworfen hatten.

Durch die systematische Ökonomisierung bzw. Kommerzialisierung aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem Marktmodell und die Generalisierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen, wie sie beispielhaft die Unternehmensberatungsfirma McKinsey verkörpert (vgl. dazu: Kurbjuweit 2003), sollen nicht nur neue Profitquellen erschlossen, sondern auch rigidere Ordnungsprinzipien implementiert werden. Man kann von einem „Wirtschaftstotalitarismus“ sprechen, der nach Joachim Bergmann (1998, S. 334) die „negative Utopie“ des Neoliberalismus ausmacht: „Ökonomische Kriterien, Kosten und Erträge sollen ebenso alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme bestimmen – die soziale Sicherung und die materielle Infrastruktur so gut wie Bildung und Kultur.“

2.2 Die soziale Kälte der Hochleistungs-, Markt- und Konkurrenzgesellschaft als Nährboden für Radikalisierungstendenzen

Als neoliberale Modernisierung ins Werk gesetzt, führt Globalisierung zu diversen Spaltungen (vgl. ausführlicher: Butterwegge 2006b, S. 63ff.). Zu den negativen Folgen, auf die der Rechtsextremismus eine demagogische, also keine wirklich überzeugende Antwort gibt, gehören: die soziale Polarisierung innerhalb der wie auch zwischen den einzelnen Gesellschaften; die Dualisierung des Prozesses transnationaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendmigration andererseits; Krise bzw. Zerfall der Städte, bedingt durch Marginalisierung und sozialräumliche Segregation.

Die neoliberale Modernisierung verschärft nicht nur die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Wirtschaftsstandorten und -subjekten, sondern führt auch zu einer sozialen Polarisierung, einer Prekarisierung der Arbeit (Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, von Teilzeit-, Leih- und

Zeitarbeit sowie Mini-, Midi- und Ein-Euro-Jobs) sowie einer Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung bei gleichzeitiger Explosion von Unternehmensgewinnen und Aktienkursen, also einer weiteren Konzentration von Kapital und Vermögen bei Wohlhabenden und Reichen. „Das soziale Klima wird zunehmend von Mitleidlosigkeit und emotionaler Kälte bestimmt. Traditionell schwache Gruppen wie Migranten oder Obdachlose, aber auch Langzeitarbeitslose, leiden besonders darunter, mit durchschlagenden Wirkungen auf Körper und Seele – und mit dadurch entstehenden gewaltigen sozialen Kosten.“ (Ulrich 2007, S. 854)

Mit der Diskussion über „Globalisierung“ und die angeblich drohende Gefährdung des „Industriestandortes D“ bemühten sich Unternehmer(verbände), marktradikale Politiker und liberalkonservative Publizisten, den „Kampf aller gegen alle“ populär zu machen: Wirtschaftlicher Wettbewerb wurde zum „Krieg“ hochstilisiert (vgl. Scherer 1993, S. 31). Wenn statt einer konsequenten Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und -armut die Sicherung des Standortes im Mittelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht, ist „Konkurrenzfähigkeit“ der strategische Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne Konsequenzen für das soziale Klima des Landes bleibt: „Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.“ (Schäfer 1993, S. 88)

Die soziale Kälte drückt sich exemplarisch in der öffentlichen Gleichgültigkeit gegenüber einer seit längerem stark zunehmenden Kinderarmut (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 2005) bei einem parallel dazu teilweise ins Gigantische wachsenden Reichtum weniger Großaktionäre, Erben von Familienunternehmen, Finanzinvestoren und Privatbankiers aus, die zum „Geldmachtapparat“ gehören (siehe dazu: Krysmanski 2007). Während die Aktienkurse einen Rekordstand nach dem anderen übertrafen, interessierte die Einrichtung von Babyklappen, Suppenküchen und Kleiderkammern durch Kommunen, Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbände in deutschen Städten die überwiegend marktradikal denkenden Meinungsführer der Republik weniger.

Wenn die Angst vor dem sozialen Abstieg bis in die Mitte der Gesellschaft hinein reicht, fühlen sich insbesondere kleinbürgerliche Schichten akut bedroht, was irrationale Reaktionen auf Krisensymptome fördern kann. „Die im Namen des Neoliberalismus betriebene Demontage des Sozialstaats und die vom losgelassenen Markt entfesselte sozialdarwinistische Leistungskonkurrenz versetzen die Menschen in den Zustand einer permanenten Verteidigung und Aggression.“ (Eisenberg 2002, S. 120)

Dass die neoliberale Hegemonie nicht – wie man erwarten könnte – mehr Freiheit, Toleranz und Bürgerrechte mit sich bringt, sondern ganz im Gegenteil von einem Sicherheitsdiskurs begleitet wird, der Disziplin, Autorität und die Notwendigkeit sozialer Kontrolle betont, verweist auf die Affinität eines betriebswirtschaftlichen Effizienzdenkens zum totalitären Gesellschaftsmodell des Rechtsextremismus. Das fast alle Lebensbereiche beherrschende Kon-

kurrenzdenken führt zur Ausgrenzung und Abwertung von Leistungsschwächeren, die im wirtschaftlichen Wettbewerb auf der Strecke bleiben, als menschlicher Ballast für den „eigenen“ Standort wirken oder die Gewinnmargen eines Unternehmens senken. Wenn sich der Neoliberalismus mit dem Nationalkonservatismus amalgamiert, resultiert daraus ein besonders aggressiver Standortnationalismus, der als politisch-ideologische Steilvorlage für den Rechtsextremismus wirkt. Die neoliberale Hegemonie ist nicht zuletzt deshalb eine Gefahr für die Demokratie (vgl. dazu: Butterwegge u.a. 1998; Lösch 2007), weil sie mit dem Standortnationalismus eine Ideologie festigt, durch die der Rechtsextremismus für das Establishment anschlussfähig wird.

Gegenwärtig greift vermehrt ein Trend zum „hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus“ um sich: „Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruhen auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.“ (Menschik-Bendele/Ottomeyer 2002, S. 305) Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. „Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ‚Sachzwang‘ der Ökonomie erscheinende Brutalität.“ (Klönne 2001, S. 266) Wo die Umverteilung von unten nach oben unter Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als für die Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes“ unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. In einer Zeit verschärfter Konkurrenz eine ideologische Rechtfertigung der Missachtung ethischer Grundwerte und größerer sozialer Ungleichheit – im Sinne von Ungleichwertigkeit – zu offerieren, bildet laut Franz Josef Krafeld (2001, S. 287) einen Hauptgrund für die wachsende Attraktivität der rechtsextremen Orientierungen.

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in der Erfahrungswelt einer Jugend, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird (vgl. Kühnl 2001, S. 32f.). Andreas Hadjar (2004) führt die Ellenbogenmentalität und die Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen auf ein „hierarchisches Selbstinteresse“ zurück, das er als „verabsolutierte Form der Marktideologie“ (ebd., S. 240) bezeichnet. Tatsächlich reproduzieren sich auf den Schulhöfen seit jeher die gesellschaftlichen Herrschafts-, Macht- und Gewaltverhältnisse: Wer als Jugendlicher offen Schwäche zeigt, wird von seinen Klassenkameraden schon mal als „schwule Sau“ beschimpft, und wer einer Minderheit angehört oder gesellschaftlicher Außenseiter ist, zum „Opfer“ erklärt. Wenn nach sozialdarwinistischer Manier die Überlegenheit, Härte und Stärke im alltäglichen Konkurrenzkampf zur Kernkompetenz erklärt werden, darf man sich nicht wundern, dass viele Jugendliche wenig Solidari-

tät und kein soziales Verantwortungsbewusstsein praktizieren. Thomas Kreher (2007) hat untersucht, wie sich 18- bis 25-jährige Männer mit prekären beruflichen Perspektiven in dieser Situation einer biografischen Unsicherheit verhalten. Das frühe Scheitern eines Heranwachsenden bei dem Versuch, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren, kann zur Überkompensation und zur Demonstration von Maskulinität auf anderen Feldern führen, etwa in der Partnerschaft oder im jugendkulturellen bzw. Freizeitbereich (vgl. ebd., S. 95). Sofern dort Rechtsextremisten und junge Neonazis agieren, zeichnet sich ein deutlicher „Wandel der Politikformen“ ab: „Die klassischen Insignien rechtsextremer Politik treten in den Hintergrund oder werden neu eingebettet in zunehmend ‚poppig‘ gestaltete Konzepte, Webseiten und Transparente, die zum Teil an die Ästhetik der autonomen Antifa-Bewegung der 1990er Jahre angelehnt sind und mit denen es gelingen soll, an breitere Spektren der Jugendsubkulturen anzuknüpfen.“ (Kaindl 2006, S. 64)

Ungefähr seit der Jahrtausendwende verzeichnet auch die NPD einen organisatorischen und politischen Wiederaufstieg (vgl. dazu und zum Folgenden: Brandstetter 2006, S. 81ff.), nachdem sie fast schon in der Bedeutungslosigkeit versunken zu sein schien. Durch das am 18. März 2003 verkündete, formalrechtlich begründete Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht (vgl. dazu: Flemming 2005) hat die zeitweilig verunsichert, schwankend und geschwächt wirkende Partei eine demokratische Scheinlegitimität gewonnen, die ihre Funktionäre als politischen Freibrief missbrauchen. Nach dem Konzept einer „Drei-“ bzw. „Vier-Säulen-Strategie“, für das der Parteivorsitzende Udo Voigt (1999) steht, werden folgende Handlungsfelder besetzt: Mit dem „Kampf um die Straße“ sollen junge Menschen für die NPD mobilisiert, mit dem „Kampf um die Köpfe“ politisch-ideologische Positionen durch innerparteiliche Schulungsarbeit gefestigt, durch Errichtung eines Bildungszentrums verbreitet und durch Agitation im Massenbewusstsein verankert sowie mit dem „Kampf um die Wähler/Parlamente“ auch institutionelle Machtbastionen erobert werden. Ergänzt wurde das Mehrphasenmodell durch den „Kampf um den organisierten Willen“, womit die Bündelung vormals zerstreuter Kräfte des organisierten Rechtsextremismus unter Einbeziehung offen neonazistischer „Freier Kameradschaften“ gemeint ist.

Am 15. Januar 2005 schlossen NPD und DVU einen „Deutschland-Pakt“, in dem sie genau festlegten, welche der beiden Parteien bis 2009 bei welcher Wahl antritt. Vermieden werden sollte durch den Verzicht der jeweils anderen auf eine separate Kandidatur, dass man sich gegenseitig die Stimmen wegnimmt. Gedacht war an eine „Volksfront von rechts“, die auch unorganisierte Neonazis und Kooperationswillige aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene mit einschloss. Historisch stand dabei offenbar die Harzburger Front, in der sich am 11. Oktober 1931 Nationalsozialisten, Deutschnationale und „Stahlhelm“-Mitglieder zum Sturm auf die Weimarer Republik rüsteten, Pate. Dass die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der damalige CSU-

Vorsitzende Edmund Stoiber in einem Offenen Brief an Gerhard Schröder der Bundesregierung im März 2005 einen „Pakt für Deutschland“ vorschlugen, lässt wenig Sachkenntnis und/oder Sensibilität erkennen, zeigt jedoch, wie stark das demonstrative Bekenntnis zur eigenen Nation mittlerweile gefragt war.

Gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts rückte die völkische Kapitalismuskritik wieder stärker in das Blickfeld der Rechtsextremisten, was sich in einem Strategiewechsel von Gruppierungen wie der NPD und einer thematischen Schwerpunktverschiebung von der „Ausländer-“ zur „sozialen Frage“ niederschlug. Freilich hat die *soziale* Frage, mit der sich die Not von Millionen Erwerbslosen, Niedriglöhner(inne)n und armen Familien verbindet, im rechtsextremen Politikmodell keinen Eigenwert; sie ist der *nationalen* Frage, verstanden als Auftrag zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“, vielmehr total untergeordnet. Ginge es nach der NPD, würden die Deutschen nach diesem historischen Vorbild heute eine „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ bilden, um in deren Schoß den Stürmen der ökonomischen Globalisierung standhalten zu können.

Zum ideologischen Kern des völkischen Nationalismus zählt die Überzeugung, dass der „Fortbestand des eigenen Volkes“ aufgrund der Dekadenz einer demokratischen Gesellschaft gefährdet ist. Der besorgte Warnruf „Die Deutschen sterben aus!“ gehörte daher immer zum propagandistischen Rüstzeug der Rechtsextremisten aller Schattierungen. Häufig genug gelang es ihnen, damit die öffentliche Meinung zu beeinflussen, was dazu führte, dass der Bevölkerungsdiskurs wiederholt apokalyptische Züge annahm (vgl. dazu: Hummel 2000; Mackensen/Reulecke 2005; Etzemüller 2007). In jüngster Zeit dominiert neben der Schreckensvision einer „Schrumpfgesellschaft“ (Kaufmann 2005) vor allem die Furcht vor einer „Überalterung“ des Wirtschaftsstandortes und einem dadurch bedingten Verlust seiner Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit.

Beide demografischen Horrorszenarien, die Medien, Politik und Fachwissenschaft beherrschen, haben historische Vorläufer im 19. und 20. Jahrhundert (vgl. Lengwiler 2007). Bevölkerungswissenschaftler entwickelten damals Argumentationsfiguren, die rechtsextremen Deutungsmustern teilweise bis ins Detail glichen. Genannt sei nur Friedrich Burgdörfer (1932), Direktor des Statistischen Reichsamtes, welcher mit Büchern wie „Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers“ die Demografie als Kardinalproblem der Volkswirtschaft, des Sozialstaates bzw. der Zukunft Deutschlands darstellte und zu einem Wegbereiter des NS-Regimes wurde. Ulrich Deupmann (2005, S. 66) mokiert sich über den „Mutter- und Jugendkult“ der nationalsozialistischen Familienpolitik, entwickelt in seinem Buch „Die Macht der Kinder“ jedoch dieser nicht unähnliche Konzepte, um die „Zeitbombe der Demografie“ zu entschärfen: „Unser demografisches Schicksal ist keineswegs besiegelt. Wir können es aktiv beeinflussen – am besten und wirkungsvollsten, indem wir die Zahl der Geburten in Deutschland rasch steigern.“ (ebd., S. 67)

Nach 1945 gelangte der Demografiediskurs, wie man das Reden bzw. Schreiben über eine negative Bevölkerungsentwicklung, die „Vergreisung“ und ähnliche Prozesse nennen kann, erst ganz allmählich wieder vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums in das gesellschaftliche Machtzentrum, wo sich viele konservative und neoliberale Medienmacher/innen um seine Weiterverbreitung bemühten (vgl. hierzu: Butterwegge 2002, S. 167ff.; Butterwegge 2006a, S. 70 ff; Klundt 2007). Im neoliberalen Gegenwartsdiskurs verdichten sich die zwei Großen Erzählungen unserer Zeit, die Globalisierung und der demografische Wandel, zu einem umfassenden Bedrohungsszenario, das nur durch eine riesige Kraftanstrengung der ganzen „Standortgemeinschaft“ sowie größere Leistungsbereitschaft all ihrer Mitglieder seine Schrecken verlieren kann: „Im Zeitalter des demografischen Umbruchs und des globalen Wettbewerbs sind Kinder keine Privatsache mehr, sondern eine der wichtigsten Angelegenheiten eines starken Staates.“ (Deupmann 2005, S. 70)

Dadurch, wie Politik, Wissenschaft und (Fach-)Publizistik im Demografiediskurs über Hintergründe des Bevölkerungsrückgangs verhandeln und welche Lösungsmöglichkeiten sie immer öfter erwägen, können nicht nur Rechtsextremisten und Neonazis, die sich seit jeher Sorgen um den „Fortbestand des deutschen Volkes“ machen und rigide Gegenmaßnahmen befürworten, Auftrieb erhalten, wird vielmehr auch eine Biologisierung bzw. Ethnisierung des Sozialen betrieben, die der Entpolitisierung zwangsläufig Vorschub leistet. In gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchphasen wie der heutigen wird den Menschen häufig auf sehr subtile Weise, aber systematisch Angst eingeflößt, die sie gegenüber als „natürlich“, wenn nicht gar naturgesetzlich erscheinenden Veränderungen gefügig macht. Dazu dienen extrem düstere Prognosen und Kassandrarufe im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung, deren Zahl in jüngster Zeit explosionsartig wächst. Eva Barlösius (2007) spricht von einer „Demographisierung des Gesellschaftlichen“ womit sie die Verengung sozialer Aushandlungsprozesse durch eine deterministische Erklärung von Konflikten und Katastrophen meint.

Die von Neonazis wie Christian Worch angemeldeten Demonstrationen griffen das Problem der Massenarbeitslosigkeit und der Armut verstärkt auf. „Dies geschah einerseits durch Aufmärsche, die in mehreren Städten parallel am 1. Mai organisiert wurden, andererseits durch Aufmärsche gegen ‚Globalisierung‘ sowie im Kontext der Proteste gegen Hartz IV.“ (Virchow 2006, S. 78f.) Der soziale Klimawandel, für den „Hartz IV“ als berühmt-berühmter Höhepunkt der rot-grünen Reformpolitik steht, die CDU/CSU und SPD in der Großen Koalition eher noch verschärft fortführen (vgl. hierzu: Butterwegge 2006c, S. 184ff. und 301ff.), hat die Wirkungsmöglichkeiten für Rechtsextremisten verbessert. Wut und Verzweiflung unter den davon Betroffenen erleichterten es beispielsweise örtlichen Gliederungen der NPD, sich im Vorfeld der Beschlussfassung über das *Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* an Montagsdemonstrationen in Ostdeutsch-

land zu beteiligen, und die wachsende Verunsicherung von Langzeitarbeitslosen erlaubte es ihnen, Funktionäre als „Sozialberater“ einzusetzen (vgl. dazu: Maegerle 2006).

Damit war die NPD zumindest bei einzelnen Wahlen auf kommunaler und regionaler Ebene ziemlich erfolgreich. So schaffte sie im Gefolge der ostdeutschen Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV am 19. September 2004 mit 9,2 Prozent der Stimmen den Sprung in das sächsische Landesparlament, ohne dort allerdings – wie ihren Wähler(inne)n vorher versprochen – eine Politik für Modernisierungsverlierer zu machen. Vielmehr schildert der Journalist Toralf Staud (2005, S. 116), dass sich die Partei monatelang nicht mehr um „ihr“ Erfolgsthema kümmerte und ihre Abgeordneten in den Fachausschüssen dazu schwiegen: „Keinen einzigen Antrag zum Thema brachte die NPD zustande, und für drei Kleine Anfragen brauchte sie ein halbes Jahr – sie bezeugten dann auch noch Inkompetenz, weil darin Fachbegriffe verwechselt wurden.“ (ebd., S. 117) Statt mit Hartz IV und den Folgen beschäftigte sich die sächsische NPD-Landtagsfraktion lieber mit dem 60. Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch alliierte Kampfflugzeuge, die Jürgen W. Gansel, eines ihrer Mitglieder, als „Bomben-Holocaust“ bezeichnete.

Um solche Provokationen zu entschärfen, müssten die demokratischen Parteien der NPD innerhalb wie außerhalb des Parlaments geschlossen begegnen, was ihnen aufgrund inhaltlicher Divergenzen, programmatischer Defizite und ideologischer Schnittmengen mit den Rechtsextremisten allerdings zumindest in Dresden selten gelingt. Vielmehr lässt sich beobachten, „dass Teile der sächsischen CDU seit dem Landtagseinzug der NPD nach rechts schwenken. Die Junge Union etwa begann eine Debatte über ‚Nationsvergessenheit und Wertekultur‘ und veröffentlichte ein Thesenpapier mit der Überschrift ‚Ein Wert für sich: Deutschland‘, das sich ausdrücklich und genau wie die NPD zum Abstammungsprinzip bei der Staatsangehörigkeit bekennt.“ (Staud 2005, S. 122) Tatsächlich sind führende Repräsentanten der Sachsen-CDU kaum weniger völkisch angehaucht, „vaterländisch“ ausgerichtet und provinziell als die dortigen Nationaldemokraten. Nachdem ihr der „Westimport“ Kurt Biedenkopf als eigenwilliger Ministerpräsident zur absoluten Mehrheit verholfen und sie durch seinen unrühmlichen, von zahlreichen Affären begleiteten Abgang wieder auf den harten Boden der Tatsachen zurückgeworfen hatte, befand sich die sächsische Union in einem Zustand der inneren Zerrissenheit und der anhaltenden Diadochenkämpfe. Statt der ultra-rechten Herausforderung offensiv entgegenzutreten, verabschiedete die dortige CDU auf ihrem 19. Landesparteitag in Schwarzenberg am 5. November 2005 eine Resolution „Deutscher Patriotismus in Europa“, die sich eher bei der NPD anboterte als vom Nationalismus abgrenzte. Man definierte sich als „patriotische, konservative und christlich-wertorientierte Volkspartei“, beklagte die angebliche „Deutungsdominanz der ‚Achtundsechziger‘ in Medien, Wissenschaft und Schule“ sowie die daraus erwachsene „Abneigung gegen die eigene nationale Identität“ und monierte das Fehlen von „symbol-

trächtigen Institutionen, die den Patriotismus auf ein sinnfälliges Zentrum hin bündeln und Momente kollektiver emotionaler Erhebung ermöglichen.“ (CDU-Landesverband Sachsen 2005, S. 4, 6, 7 und 9) Trost fand die sächsische Union einzig in der schwarz-rot-goldenen Flagge, die „besonders vor Schulen und Hochschulen zu hissen“ sei, sowie im „Lied der Deutschen“, das morgens nach dem Schulgebet zu schmettern ihre Delegierten am liebsten schon den kleinen Kindern verordnet hätten: „Das Erlernen der Nationalhymne gehört in die Lehrpläne der Grundschulen. Das Singen der Hymne muss eine Selbstverständlichkeit bei öffentlichen Veranstaltungen werden, dient der Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und wird gerade von jedem Politiker als Bekenntnis zu unserem demokratischen Staat erwartet.“ (ebd., S. 9)

2.3 Merkmale, Kontinuitätslinien und Erblasten der politischen Kultur in Deutschland

Hass, Aggressivität und Brutalität gegenüber (ethnischen) Minderheiten erzeugt die stärkere ökonomische Rivalität im Zeichen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung nur, weil in den meisten Ländern außer den materiellen Voraussetzungen ein geistiger Nährboden dafür existiert. Hier liegt auch ein Hauptgrund dafür, dass der Rechtsextremismus in Wirtschaftskrisen besonders gedeiht, ohne zwangsläufig an die Macht zu kommen, wenn der Gesellschaft ein konjunktureller Abschwung oder ein historischer Niedergang droht. Vielmehr bedarf es politisch-kultureller Traditionen, die dafür sorgen, dass keine anderen, etwa demokratisch-sozialistische Deutungsmuster, dominant werden, damit eine Krisensituation mittels rassistischer, nationalistischer und biologistischer Kategorien erklärt bzw. kollektiv „verarbeitet“ wird.

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstruktur und Führungspersonal, aber auch die Art und Weise, wie ihr demokratische Kräfte begegnen (vgl. hierzu: Butterwegge 2001). Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind trotz der vor allem durch die Jahreszahlen 1918/19 und 1945 markierten Zäsuren und der „Kulturrevolution“ durch die Außerparlamentarische Opposition (APO) von 1968 zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche vieler Männer für militärische Disziplin (vgl. dazu: Sontheimer 1991; Bergem 1993; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993). Sie gipfelten in einem aggressiv-mili-

tanten Nationalismus, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen kapitalistischer Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, im Wilhelminismus und im sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reich wenn nötig auch mit Waffengewalt einen „Platz an der Sonne“ – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Der jüdische Historiker Fritz Stern (1963) hat in seinem Hauptwerk „Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland“ nachgezeichnet, wie die Sehnsucht nach Größe und einem „starken Mann“ die politische Kultur seit der Reichsgründung 1870/71 geprägt und welche Rolle sie für den Aufstieg der NS-Bewegung gespielt hat. Stern (ebd., S. 16f.) hält die „Kultivierung der Innerlichkeit“ und die „Idealisierung der Macht“ für die zwei entscheidenden Merkmale der politischen Kultur in Deutschland. Die sozialpsychologischen Wurzeln der Militanz des deutschen Nationalismus liegen seiner Meinung nach im Wilhelminischen Reich: „Kaum verhüllte autoritäre Macht einerseits und völlig wirklichkeitsfremde Geistigkeit andererseits – dies waren die beiden Aspekte des kaiserlichen Deutschlands.“ (ebd., S. 17) Jener „Kult der Unbarmherzigkeit und Gewalt gegen sich und andere als einzig wirksames Mittel, um sich durchzusetzen“, den Tonio Walter (2007, S. 48) für einen Wesenszug des deutschen Bürgertums hält, das hiermit seiner Meinung nach aristokratische Kriegsstrategien der preußischen Junker fehlinterpretierte und verabsolutierte, lebt bis heute fort und findet seinen aktuellen Niederschlag im Marktradikalismus unserer Tage.

Trotz schwerer militärischer Niederlagen in beiden Weltkriegen blieb der Glaube, dass „wir Deutsche“ ein besonders fleißiges, tüchtiges und begnadetes Volk seien, tief im Massenbewusstsein verankert. Kurt Sontheimer (2004) weist auf die Kontinuität antidemokratischen Denkens hin, betont aber gleichzeitig, dass sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen seit der Weimarer Republik grundlegend verändert haben. In einem Punkt gleichen sich die Weimarer und die „Berliner Republik“, obwohl sie vieles andere trennt: Problematischer als das, was organisierte Rechtsextremisten tun, um die parlamentarische Demokratie zu untergraben und am Ende zu zerstören, ist heute wie seinerzeit die Annäherung von deren führenden Repräsentanten, Trägern und Institutionen an ihre Grundüberzeugungen bzw. Schlüsselideologien, als da waren und sind: (Kultur-)Rassismus, (Standort-)Nationalismus und Sozialdarwinismus. Anders gesagt: Nicht militante Neonazi-Aufmärsche und spektakuläre Gewalttaten stellen die eigentliche Bedrohung für Demokratie, Grundwerte und Humanität dar, sondern viel subtilere Veränderungen der politischen Kultur.

Eine Renaissance des Nationalismus setzte nicht erst mit der DDR-„Wende“ im Herbst 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, sondern bereits nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 ein, als sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sog. Deutschen Frage zuwandte und diese in „Berichten zur Lage der Nation“ wieder für offen erklärte. Wenig später